

Das Zentrum ist zu dem Tarif gekommen, es weiß selbst nicht wie. Den Tarif, den es erhalten hat, hat das Zentrum allerdings nicht gewollt, aber es hat damit der Sozialdemokratie eine Wappparole gegeben, wie sie besser nicht zu denken ist.

Redner schließt: „Bei Philippus sehen wir uns wieder!“ (Stürmischer Beifall links.)

Reichstanzler Graf Bülow: Abg. Bebel hat sich über die Reden beklagt, in denen Se. Majestät der Kaiser sich mit der Sozialdemokratie beschäftigt hat. Was aber führen Sie denn selbst für eine Sprache? Soeben ist aus Ihren Reihen ein Anspruch gefallen, den ich hier nicht wiederholen will. Der Kaiser hat wenigstens noch so viel Schen, sich nicht dazu zu bekennen. Welche Sprache führen Ihre Bücher, Ihre Zeitungen, der „Vorwärts“ und die „Volkzeitung“ in Leipzig? Ein von seinen Rechten und Pflichten durchdringender Monarch muß sie bekämpfen und sich dagegen zur Wehr setzen, so lange von Ihnen in solcher Weise der Umsturz betrieben wird. (Beifall rechts.) Ich werde mich nie scheuen, mich vor den Thron und die Krone zu stellen und sie zu decken, ich bin aber der Überzeugung, daß das hohe Haus sehr gern zu der alten Prozedur zurückkehren und eine Hineinziehung des Kaisers in die Debatte unterlassen wird. (Erneuter Beifall rechts.) Der Reichstanzler verteidigt sofort die Sozialpolitik der Regierung gegen den Vorredner, und fährt dann fort: Betreten Sie nur den Boden der Legalität und der Vernunft. (Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Verlegen Sie nicht die Gefühle, die dem deutschen Volke in seinem größten Teile heilig sind, zu werden sich auch die Gegenstände mildern. So lange Sie das aber nicht tun, schädigen Sie die auf die Hebung und Gejungerung gerichteten Bestrebungen der Regierung und schädigen Sie die Arbeiter. Ihre Illusionen werden sich doch nicht erfüllen. Noch ein Wort über die auswärtigen Beziehungen. Herr Bebel erwähnte Kräuherungen von Offizieren a. D., „unsere Flotte müsse so stark werden, daß wir die englische Flotte niederzwingen könnten“. Es versteht sich von selbst, daß das nur Phantasiegebilde sind. Unsere Flotte hat keinerlei aggressive Ziele, wir wollen damit nur unsere Küsten verteidigen, unsere Interessen im Auslande vertreten und die Deutschen im Auslande schützen. Daß wir nicht wehrlos vor See seien, das ist der Wunsch der Mehrheit des deutschen Volkes, und wenn Herr Bebel das nicht will, so befindet er sich im Widerspruch mit der großen Mehrheit der Nation. Herr Bebel meinte, das Wort „unsere Zukunft liegt auf dem Wasser“ lehre keine Spitze gegen das Ausland. Das legt Herr Bebel nicht aus, sondern unter. Wir denken nicht daran, andere zu verdrängen, aber wir haben eben ein Recht, auf dem Weltmeer herumzuschwimmen, wie andere Völker. (Seitertel.) In Haiti sind wir gegen die „Marcomannia“ auf ausdrücklichen Wunsch der haitianischen Regierung vorgegangen, und haben dies durchaus gemäß den Regeln des Völkerrechts getan. Was die Selbsthaftigkeit betrifft, mit welcher Herr Bebel die Ansprüche Venezuelas verteidigt, so würde Herr Castro, wenn die Telegraphenverbindung ihm dies ermöglichen sollte, morgen früh gewiß mit sehr viel Vergnügen Herrn Bebel's Rede lesen. Eine solche Verteidigung ist Herrn Castro noch in seinem Parlament zu teil geworden. Es handelt sich doch für uns nicht allein um Selbstforderungen, sondern auch darum, unser Ansehen aufrecht zu erhalten. Dieses ist durch das Verhalten Castros gegenüber den deutschen Forderungen erschüttert. Deshalb sind wir vollkommen im Rechte, wenn wir zur Wahrung unseres Ansehens so vorgehen, wie wir es getan haben. Herr Schäbler behauptet, daß in der Welt gegen Deutschland viel mehr Haß besteht als Liebe. Ich glaube dagegen, daß wir in der Welt auch verschiedene Freunde haben, und daß sich die Welt gegen den Genius Deutschland nicht verschlossen hat. Ich erinnere Sie auch an einen belgischen Dichter, der Deutschland das Gewissen der Welt genannt hat. Im übrigen, in der Politik sind Haß und Meid noch seltener als Mitleid. Halten wir das Pulver trocken, zanken wir uns nicht untereinander, so wird uns niemand an den Wagen fahren. (Lebhafte Beifall.)

Abg. Hoffe (nll.) (Das Haus ist sehr unruhig. Vizepräsident Büling ermahnt wiederholt zur Ruhe.) Ich will die Person des Kaisers nicht, wie es Bebel getan hat, in die Erörterung ziehen. Auch meine Freunde sind gewillt, Ausführungen des Kaisers, die amtlich beglaubigt sind, hier zu erörtern, die Art und Weise jedoch, wie es Herr Bebel getan, ist sehr zu bedauern. Redner nimmt das deutsche Bürgerturn gegen die Angriffe der Sozialdemokraten in Schutz. Die Sozialdemokraten haben es überhaupt erst dem deutschen Bürgerturn zu verdanken, daß sie hier im Reichstage sitzen. Gegenüber dem Reichstanzler besto ich, daß das deutsche Bürgerturn sich schon zu einer Zeit sozialpolitischen Aufgabens zugewandt hat, als es die Monarchien noch nicht taten. Redner geht ausführlich auf die Kolonialpolitik ein; die günstigere Gestaltung des Kolonialletats sei nur eine scheinbare. Im einzelnen spricht sich Redner für Verwandlung der Schutztruppen in Polizeitruppen aus, ferner für Einführung der deutschen Währung und vor allem für Entziehung des Münzrechts, welches die deutsch-afrikanische Gesellschaft noch besitze. Redner behauptet, daß sich das Großkapital so sehr schwer an unsern Kolonien beteiligt, wünscht den baldigen Bau der Eisenbahn von Dar-es-Salaam nach Mrogoro und freut sich über die Erhöhung des Schutzfonds für die Kolonien. — Hierauf wird die Weiterberatung vertagt.

Berlin, 21. Januar. Bei dem Reichstanzler Grafen Bülow fand heute ein parlamentarischer Abend statt, wozu etwa 600 Personen erschienen waren. Sehr zahlreich hatten sich die Mitglieder des Reichstages und des Landtages eingefunden, ferner waren die meisten Bundesratsbevollmächtigten, die Minister, die Staatssekretäre mit ihren Beamten, Vertreter der Generalität, die Künstler, Schriftsteller und Gelehrtenwelt erschienen. Der Reichstanzler begrüßte seine Gäste, unterstützt von den Geheimräten Conrad und Hammann. In angeregtem Gespräch verweilten die Geladenen bis zu später Stunde.

Berlin, 22. Januar. Im Reichstage wurde heute vor dem Beginn der Sitzung der Ausbruch einer Präzisionskrise für wahrscheinlich gehalten. Es soll

innerhalb des Präsidiums zu Auseinandersetzungen über das Verbot, die Reden des Kaisers anlässlich der Krupp-Affäre zu erörtern, gekommen sein. — Die „Nat.-Ztg.“ sagt: Daß Graf Ballestrem in der nächsten Legislaturperiode nicht wieder Präsident werden wird, gilt als sicher; es ist aber zweifelhaft, ob er es für den Rest der gegenwärtigen Session bleiben wird.

Welsch wurde erwartet, Graf Ballestrem werde einen Weg suchen und finden, die von ihm verhängte Beschränkung der Redefreiheit wieder aufzuheben. Das ist geschehen, denn Bebel konnte ruhig heute ausführen was Bollmar gestern sagen wollte. Aus dem dem Zwischenfall gewidmeten Artikeln teilen wir das Folgende mit. Die demokratische „Volkzeitung“ meint, Graf Ballestrem habe durch sein Verhalten dem Abg. v. Bollmar gegenüber die Präzisionskrise etabliert. Das Blatt schlägt vor, auf die Siegelwand des Reichstageshauses, die noch immer der Inschrift harret, die Worte zu setzen: „Hier gab Graf Ballestrem, Präsident des deutschen Reichstages der verfassungsmäßig gewählten Redefreiheit der Vertreter des deutschen Volkes den Todesstoß am 20. Januar 1903.“

Der „Hannoversche Kurier“ geht den Gründen nach, die den Grafen Ballestrem zu seiner Haltung veranlaßt haben könnten: „Das Verbot gegen die Erörterung des Falles Krupp ist sachlich nicht gerechtfertigt. Wenn schon die Berliner Staatsanwaltschaft gegen die Verleumdung Krupps in öffentlichem Interesse Anklage erhob, so liegt um so weniger Anlaß vor, die Erörterung der Sache im öffentlichen Interesse im Reichstage zu verhindern. Man wird nicht umhin können, die Tatsache, daß während der Rede des Abg. Schäbler über das vom „Reichsanzeiger“ totgeschwiegene Schweinmörder-Kaisertelegramm Graf Ballestrem den Vorsitz an den Vizepräsidenten Büling abgetreten hatte, in Zusammenhang zu bringen mit seinem Entschlus, eine Debatte über den Fall Krupp und die damit zusammenhängenden, im „Reichsanzeiger“ veröffentlichten Kaisertelegramme unter allen Umständen zu verhindern und das um so mehr, als die eigenmächtige Haltung des Grafen Ballestrem in dieser Angelegenheit begreiflicherweise allerhand Gerüchte gezeitigt hat über diese Frage, wer die treibende Kraft war, die in diesem Falle hinter ihm stand.“

Zur Beleuchtung der Aufnahme, die der Zusammenstoß zwischen dem Präsidenten Graf Ballestrem und dem sozialdemokratischen Abg. v. Bollmar im Reichstage aus Anlaß des Falles Krupp bei der öffentlichen Meinung findet, mögen außer den bereits mitgeteilten noch einige Bestimmungen dienen. Die konservative „Kreuzzeitung“ schreibt: „Wir haben für das Geschick, die Unparteilichkeit und die Energie, mit der Graf Ballestrem bisher die Geschäfte des Reichstages geführt hat, volles Verständnis, halten es auch nicht für richtig, jedes vermeintliche Versehen, das einem Mann in dieser verantwortungsvollen Stellung unterläuft, mit scharfer Kritik zu rügen. Aber wir müssen doch der Auffassung Ausdruck geben, daß Graf Ballestrem durch das gegen den Abg. v. Bollmar gerichtete Verbot sich in Widerspruch gesetzt hat mit den Grundgesetzen, die er früher aufrecht hielt. Auch der Verleumdung, diesen Widerspruch durch Hervorbringung neuer Unterstellungen bei falschen Ausdeutungen zu lösen, scheint uns nicht geglikt. Nicht immer läßt sich mit Sicherheit sagen, ob eine derartige Rundgebung persönlichen oder allgemein politischen Charakter hat. Jedenfalls läßt sich einem Teile der öffentlich bekannt gegebenen Äußerungen, die Se. Majestät der Kaiser an den Heimgang Krupps und an dessen unerhörte Verhöhnung durch die sozialdemokratische Presse geknüpft hat, der politische Charakter nicht absprechen. Allem Anschein nach hat Graf Ballestrem die Besorgnis gehabt, daß die Besprechung der Krupp-Angelegenheit von einzelnen Rednern zu tendenziösen Angriffen auf das monarchische Regime der großen Mehrheit des Reichstages und des deutschen Volkes gemißbraucht werde. Das würde seinem patriotischen Gefühl sehr machen. Aber es läßt sich nicht leugnen, daß bei der Besprechung des Schweinmörder-Telegramms die gleiche Gefahr abgewahrt hat. Nach unserer Auffassung läßt sich die unglückliche Stellung des Präsidenten zu der Besprechung dieses Telegramms und derjenigen der Krupp-Angelegenheiten schwer rechtfertigen. — Die nationalliberale „Berl. Börs.-Ztg.“ erklärt: „Wir unserteilich stehen nicht an, zu bedauern, daß durch solche Vorgänge der sozialdemokratische Preß: die Möglichkeit geboten wird, die Dinge so hinzustellen, als herrsche bei uns Willkür und geistige Unterdrückung in betreff des freien Wortes zum Schaden der Allgemeinheit. Zwar meint ein Blatt, mit dem Vorgehen des Präsidenten sei vielleicht an den Tag gelegt, daß die Disziplin strenger als bisher gehandhabt werden wird und daß man in der erregten Art des Präsidenten einen Nachklang seiner Erbitterung über die Obstruktion der Sozialdemokraten zu erblicken habe.“ — Die „Nat.-Ztg. Korresp.“ schreibt: Die Bezeugung des Präsidenten schien im ganzen Hause das äußerste Bestremden zu erregen. Gestern (Montag) konnte die Schweinmörder-Depesche, welche nicht im „Reichsanzeiger“ veröffentlicht war, in aller Breite diskutiert werden. Deshalb heute (Dienstag) nicht die falsche Rundgebung, die einer offiziellen Charakter trug? Wir halten uns davon überzeugt, daß der Reichstanzler auch die Anfrage des Abg. v. Bollmar ebenso ausführig beantwortet haben würde, wie gestern die des Abg. Schäbler, und haben leider allen Grund zu der Behauptung, daß der Vorgang lediglich der Sozialdemokratie neues Agitationsmaterial zuführt.“

Die freimüthige „Voss. Ztg.“ äußert: „Man darf angeht die allgemeine Beurteilung des Vorgehens des Präsidenten auf die weitere parlamentarische Entwicklung dieser Angelegenheit gespannt sein. Unseres Ermessens wäre es Sache der Geschäftsordnungs-Kommission, das Vorgehen des Präsidenten zu prüfen und Anträge zum Schutz der Redefreiheit vorzubereiten. Jedenfalls wird sich das Verbot des Präsidenten, den Fall Krupp oder die über ihn gehaltenen Reden des Kaisers oder irgend etwas, was mit dem Fall Krupp zusammenhängt, zu besprechen, nicht auf die Dauer durchzuführen lassen. Auch ist dieses Verbot am besten geeignet, dunklen Gerüchten über die „Geheimgeschichte“ des Falles Krupp, über die Ursachen und Umstände des Todes Krupps zu geben. Und daß darüber Nachrichten umgehen, die von den amtlichen Mitteilungen wesentlich abweichen, wird im Reichstage wie in der Regierung so ziemlich jedermann wissen. Unter diesen Umständen muß das Vorgehen des Grafen Ballestrem, abgesehen von seiner rechtlichen Unhaltbarkeit, auch vom Standpunkte der Zweckmäßigkeit als verfehlt erscheinen, da es das Gegenteil dessen, was beabsichtigt wurde, heraufbeschwört.“

Berlin, 23. Januar. (Reichstag). Zu Beginn der heutigen Sitzung verliest der Vizepräsident Graf Stolberg eine Erklärung des Grafen Ballestrem. Er nimmt darin Bezug auf einen Artikel der konservativen „Kreuzzeitung“ in welchem die Geschäftsführung des Präsidenten aus Anlaß des vorgezogenen Vorfalles kritisiert wird. Graf Ballestrem erklärt, da er anscheinend nun das Vertrauen der konservativen Partei nicht mehr besitze, so lege er sein Amt nieder. (Allgemeine Bewegung.)

Abg. v. Normann erklärt namens der konservativen Partei, daß diese dem Artikel vollständig fernstehe. Abg. Saitler (nall.) stellt fest, es erfolge somit der Grund zur Demission Ballestrem's. Abg. Singer (Soz.) erklärt, Graf Ballestrem habe das Vertrauen seiner Partei verloren — Hiernach tritt das Haus in die Geschäfte ein.

Das Vorgehen gegen Venezuela.

Brüssel, 22. Jan. „Petit Bleu“ erhält eine Zuschrift eines früheren Konsuls in Maracaibo, welcher erklärt, daß der amtliche Bericht des Kommandeurs über den Zwischenfall des „Panther“ lüdenhaft sei. Der Durchfahrtskanal am Eingange der Bai von Maracaibo sei dergestalt, daß ein Kriegsschiff niemals die Unvorsichtigkeit begehen würde, während der Durchfahrt das Fort anzugreifen, besonders, wenn dieses mit modernen Geschützen armiert sei. Wahrscheinlich ist es nach Ansicht von Kennern der Lage, daß der „Panther“ die Durchfahrt erzwingen wollte, wobei er vom Fort San Carlos angegriffen wurde.

Neuerdings meldet der „New-York Herald“, daß dem Angriff des „Panther“ auf das Fort San Carlos bei Maracaibo eine Regozisierung am Bande, ausgeführt durch drei Abteilungen Soldaten, vorausgegangen sei. Das venezolanische Fort habe hundertfiebzigmal auf den „Panther“ geschossen.

Aus dem Umstande, daß der „Panther“ an einer neuen Aktion teilnehmen konnte, geht ohne weiteres hervor, wie übertrieben die venezolanischen Berichte über den Kampf vom Sonnabend gewesen sein müssen. Das deutsche Kanonenboot sollte darnach durch zwei Explosionen geschichtsunfähig gemacht worden sein — und vier Tage später ist es imhunde, dem Befehlshaber des Forts von San Carlos wieder eberne Grüße aus den Schiffsgeschützen hinüberzusenden! Vielleicht wird diesem venezolanischen Märchenzähler an Bord des „Panther“ selbst Gelegenheit gegeben, sich von der Unversichtlichkeit des Schiffes zu überzeugen. Die „Gazette“ ist in Curacao eingetroffen und von dort alsbald nach Puerto Cabello in See gegangen. Welche Schlüsse aus dieser Tatsache zu ziehen sind, läßt sich einstweilen nicht beurteilen. Inzwischen soll Präsident Castro es für angebracht gehalten haben, eine Botschaft über das Vorgehen des „Panther“ nach Washington zu richten.

Aus Washington wird telegraphiert, Castro habe sich bei der Union-Regierung über das Bombardement von San Carlos beklagt, und Staatssekretär Hay habe die deutsche Regierung telegraphisch um Aufklärung erucht, ob der „Panther“ auf ihren Befehl gehandelt. Nach anderen Gerüchten soll Hay der deutschen Regierung einen Protest gegen das Bombardement überreicht haben. Die amerikanischen Nachrichten über Venezuela leiden jedoch an starker Unzuverlässigkeit.

Die hier vermerkte Erfahrung wird sich auch in vielem Falle sicherlich bestätigen. Das Washingtoner Kabinett dürfte es schwerlich für seine Aufgabe halten, gegen das deutsche Vorgehen zu protestieren, von dem ihm vorher ebenso rechtzeitig Mitteilung gemacht sein wird, wie von den früheren Maßnahmen der Verbündeten Mächte. Freilich kann man es verstehen, wenn Castro nervös wird und aus seinen zunehmenden Verlegenheiten befreit zu werden wünscht. Den italienischen Untertanen in Caracas wurden, da sie jede Beteiligung an der Zwangsankleide des Präsidenten Castro verweigerten, die Geschäfte geschlossen und polizeilich bewacht. Castro meinte: „Hier sind wir Herren, trotz der Kriegsschiffe!“ Die deutsche Firma Blohm zählte 50 000, Konsul Valentiner 20 000 Bolivares als Beitrag für die Anleihe.

Aus Rom wird telegraphiert: Zwischen den drei Mächten fand ein erneuter Meinungsstausch über die Blockade statt. Alle drei sind vollständig einig, daß sie nicht aufzugeben sei. Reuters Bureau erklärt ferner: Die Mächte beschloßen, die Aufhebung nicht vor dem Stattfinden der präliminären Konferenz ihrer Vertreter in Washington in Erwägung zu ziehen. Wenn Venezuela sich dann ehrlich gewillt und im Stande zeige, ihre Ansprüche zu befriedigen, würde natürlich, sobald wie tunlich, die Aufhebung erwogen werden.

Maracaibo, 23. Jan. Die Wiederaufnahme der Beschießung des Forts San Carlos erfolgte am 22. Januar bei Tagesanbruch. Sieben oder acht aus weiter Entfernung abgegebene Schüsse erreichten das Fort nicht. Um 6 Uhr rückte der „Panther“ näher und nahm heftig an dem Kampfe teil. Das Fort erwiderte das Feuer. Um 8 Uhr war der Kampf so scharf wie am Mittwoch im Gange.

Paris, 23. Januar. Aus Maracaibo wird berichtet, daß die Behörden einen Aufruf an die Bevölkerung erlassen haben und alle Wechepflichtigen zum aktiven Dienst einberufen sind, um die deutsche Invasion zurückzuweisen. Wie es heißt, ist das Fort San Carlos vollständig zerstört; die Driftschiff ist größtenteils abgebrannt. Das Bombardement dauert noch fort. Die Tragweite der venezolanischen Geschütze hat sich als unzureichend erwiesen. Der Kommandant des Forts, Bello, zeigte sich sehr tapfer. Die Zahl der Toten und Verwundeten ist bedeutend. — In letzter Stunde wird noch gemeldet, daß der „Panther“ durch die Passage in den Hafen eingebrungen ist. Die übrigen Kreuzer konnten jedoch nicht folgen, da ihr Zielgang zu groß ist.

Die „N. West. Ztg.“ schreibt: Man darf gespannt sein, wie das mittelamerikanische Abenteuer noch für Deutschland enden wird. Borkänig steht nur fest, daß Castro noch immer nicht entfernt bereit ist, sein Hegegeben, daß dagegen der deutsche Botschafter v. Holleben ohne Abschied aus Washington fort ist, sowie daß der amerikanische Minister Bowen als eine Art Vordberichtiger auf der Washingtoner Diplomatenkonferenz auftauchen wird. Es steht nur noch, worauf einige argwöhnische Gemüter immer noch gelaunert haben, daß England von der unpopulären Kooperation mit Deutschland abshwenkt und wir dann ganz auf dem Trocknen sitzen und als Fische ohne Wasser nach Luft schnappen. Zu einem solchen Schlußfasse wäre nur nötig, daß sich die beiden angelsächsischen Brüder bei der Affäre ebenso insgeheim vorher verständigt hätten, wie damals Mac Kinley mit Lord Pauncefoot über die cubanische Interventionsakte. Dann wäre es lobficher, und wenn man die fortgesetzt doppelzüngige Haltung der englischen Presse verfolgt, so ist die Möglichkeit des Verdachtes auf eine solche geheime Kooperation zwischen England und Amerika keineswegs ausgeschlossen. Aus London wird den „N. N. Nachr.“ gemeldet: Die Unpopulärkeit der Regierung, wie sie die Nachwahl in Newmarket aufdeckte, wird von den beiden leitenden unionistischen Wochenchriften, die sich gern als die Organe der englischen Intelligenz aufspielen, dem „Spectator“ und der „Saturday Review“ diskutiert und beide stimmen darin überein, daß die Unzufriedenheit mit der Venezuela-Politik ein wichtiger Faktor dabei ist; der „Spectator“, indem er es bejubelt, die „Saturday Review“, indem sie es beklagt. Letztere, eins der wenigen Blätter, die die Kooperation mit Deutschland gebilligt haben, gibt zu, daß es schwer wäre, in der modernen Geschichte irgend einen Akt zu finden, der der Nation mehr verhaßt gewesen wäre, als diese Kooperation“. Sie sucht den Grund dafür nicht so sehr im Mißtrauen oder in der Eifersucht auf Deutschland, „als in jener Angst, um keinen Preis in einen Streit mit den Vereinigten Staaten zu geraten, die eine fixe Idee, und zwar eine beklagenswerte fixe Idee des britischen Geistes geworden ist“. Der „Spectator“ dagegen, der ganz im Fahrwasser der „National Review“ segelt, freut sich offen über die Niederlage der Regierung und erklärt, die Freude werde von der ganzen unionistischen Partei geteilt, die wolle, daß die Regierung endlich einsehe, daß das Land eine antideutsche und nicht eine deutschfreundliche Politik wünsche. Das Blatt ermahnt die Regierung, noch jetzt ihre Position zu ändern und aus der Kooperation herauszutreten“. Nichts sei nötiger, als Deutschland einmal „eine diplomatische Abschneidung“ zuzumuten zu lassen. Damit soll nur die eigene punische Treue übertrücht werden.

Sächsisches.

Die Dresdner Angelegenheit.

Leipzig, 22. Januar. Die Nachricht, daß der Rechtsbeistand der Kronprinzessin, Herr Rechtsanwalt Dr. Behme hier, durch ein Telegramm des Oberhofmarschalls zu einer privaten Besprechung mit Sr. Maj. dem König Georg nach Dresden berufen worden sei, bestätigt sich nicht. Herr Rechtsanwalt Dr. Behme hat in seiner Eigenschaft als Rechtsbeistand der Kronprinzessin gestern zwar in Dresden mit den beteiligten Herren Ministern und dem Rechtsbeistand des Kronprinzen, Herrn Dr. Köhner konferiert, bei Sr. Maj. dem König jedoch hat er keine Audienz gehabt.

Wie die „Allgemeine Zeitung“ auf Grund von Erkundigungen an authentischer Stelle zur Angelegenheit der Kronprinzessin mitteilt, werde ein Urteilspruch in dem Termin am 28. Januar nicht verkündet werden, weil die königliche Verordnung die Verkündung des Urteils festsetze, sobald als das Urteil vor der Verkündung erst dem Könige vorgelegt werden müsse. Alle Nachrichten über Anträge der beiden Parteien seien Vermutungen, da tatsächlich noch gar keine Anträge gestellt worden seien.

Der „Dresd. Anz.“ teilt mit: Die Frau Kronprinzessin traf in Begleitung Girons, wie erwähnt, in Mentone Sonntag vormittags mit dem Schnellzuge, welcher um 11 Uhr 8 Min. anlangt, ein. Die Polizei war im voraus verständigt worden und hatte Vorkehrungen getroffen, damit nicht etwa eine Ansammlung von Neugierigen auf dem Bahnhof unliebsame Szenen hervorrufen könne. Dies war um so mehr notwendig, als in Mentone allgemein bekannt war, daß von dem Paare vierzehn Tage vorher eine Nachtrage wegen einer Wohnung eingetroffen war, und dessen beabsichtigter Aufenthalt in Mentone von gewissen Kreisen der Fremdenkolonie mißbilligt wurde. Die Maßregeln der Polizei versagten ihre Wirkung nicht. Im Augenblicke der Ankunft wußten mit Ausnahme der Beamten nur wenige Personen, daß die Prinzessin im Zuge sei. Ein geschlossener Wagen erwartete das Paar vor dem Bahnhof und fuhr mit ihm in raschem Trab nach einer Villa in Saravan, dem reizenden östlichen Vororte von Mentone. — Wie der „Tägl. Rundschau“ aus Genf von zuverlässiger Seite geschrieben wird, hat die Kronprinzessin sich durch ihren Rechtsanwalt, vom sächsischen Hofe ausdrücklich die Zustimmung auswirken lassen, daß der beleidigte Ehegatte von der Stellung eines Strafantrages gegen die Schuldigen absehen werde. Erst nachdem diese Zustimmung drastisch der Kronprinzessin übermittelte worden war, wagten beide Genf, den einzigen Kanton, in dem Gebirg nicht bestraft wird, zu verlassen. Und daraus erklärt sich auch wohl die plötzliche Abreise der Weiden.

Einer in Dresden eingetroffenen Meldung zufolge wechselten die Kronprinzessin und Giron vor der Abreise von Genf die Trauung. Sowohl dieser Schritt, als auch überhaupt das Zusammenleben mit Giron wird in Dresden geradezu als Ungeheuerlichkeit empfunden.

Luisie und André Gérard — wie sich die beiden bekanntlich in Mentone nennen lassen — wollen nur einige Tage dort verweilen. Sie wollen dort „unerkannt und ungestört nur sich selbst leben“, was ihnen allerdings recht schwer fallen dürfte, denn bereits tummeln sich ein Duzend eifriger Spezialberichterflatter in der nächsten Umgebung des „Hotel des Anglais“ umher, die nichts weniger als bereit erscheinen, Giron und seine Geliebte in Ruhe zu lassen. Es heißt, daß sie von Mentone nach Naccio gehen wollen. (Die Kinder der Kronprinzessin.) Wie in Dresden verlautet, erging ein strenger Befehl des Kron-